



11 BRIEFING PAPER

Gläserner Bergbau? Transparenzinitiativen im extraktiven Sektor

Karin Küblböck und Silke Pinter

Wien, Juni 2015

Danksagung

Wir danken den ÖFSE KollegInnen Michael Obrovsky, Werner Raza, Cornelia Staritz und Bernhard Tröster sowie Herbert Wasserbauer von der DKA und Michael Reckordt von der AK Rohstoffe für wertvolle Kommentare zu einer Vorversion des Briefing Papers. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei den Autorinnen.

Das Briefing Paper ist Teil eines Kooperationsprojektes zwischen ÖFSE und Dreikönigsaktion zum Thema ex-traktive Rohstoffe und Rohstoffpolitik.

Download:

http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Briefingpaper/BP11_Transparenzinitiativen.pdf

IMPRESSUM

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung – ÖFSE

A Austria, 1090 Wien, Sensengasse 3, T +43 1 3174010, F -150

E office@oefse.at, I www.oefse.at, www.centrum3.at



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	3
Abstract	4
1. Einleitung	5
2. Extractive Industries Transparency Initiative	5
2.1. Vorgeschichte	5
2.2. Kriterien der EITI.....	6
2.3. EITI-Mitgliedschaft	8
3. Einschätzung der EITI	9
4. Umsetzung in USA und EU	11
4.1. Dodd-Frank Act: Section 1504.....	11
4.2. EU Accounting und Transparency Directives	12
5. Fazit	14
Literatur.....	15

Abkürzungen

API	American Petroleum Institute
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRICS	Brasilien, Indien, China, Russland, Südafrika
CPI	Corruption Perception Index
GB	Großbritannien
EITI	Extractive Industry Transparency Initiative
EU	Europäisch Union
IWF	Internationaler Währungsfonds
MSG	Multistakeholder-Gruppen
NGO	Non-Governmental Organizations
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries)
PWYP	Publish What You Pay
SEC	Securities und Exchange Commission

Abstract

Die steigende Nachfrage nach extraktiven Rohstoffen sowie der Rohstoffpreisboom der 2000er-Jahre haben in den letzten Jahren die Debatte über den mangelnden Beitrag von Rohstoffreichtum zu inklusiver Entwicklung intensiviert. Als eine zentrale Ursache, warum die Einnahmen aus Ressourcenabbau zu wenig zu wirtschaftlicher Entwicklung und Armutsminderung beitragen, gilt die fehlende Transparenz von Gewinnen und Zahlungsflüssen. In diesem Zusammenhang ist in den letzten Jahren eine Reihe von privaten und öffentlichen Initiativen entstanden, die Transparenz und Rechenschaftspflicht in diesem Sektor erhöhen sollen. Das vorliegende Briefing Paper analysiert die derzeit wichtigste internationale Transparenzinitiative – die Extractive Industry Transparency Initiative (EITI) sowie Gesetzesvorhaben in der EU und in den USA, die die EITI umsetzen bzw. unterstützen sollen. Die Offenlegung von Zahlungsströmen im Rahmen dieser Initiativen ist ein wichtiger und unumgänglicher Schritt in Richtung mehr Transparenz. Um sicherzustellen, dass der extraktive Sektor zu wirtschaftlicher lokaler Entwicklung beiträgt, braucht es allerdings eine Ausweitung sowie eine gesetzliche Verankerung der Transparenzbestimmungen sowie eine Reihe von weitergehenden Maßnahmen.

1. Einleitung

Die steigende Nachfrage nach extraktiven Rohstoffen sowie der Rohstoffpreisboom der 2000er-Jahre haben in den letzten Jahren in vielen Ländern die Debatte über den mangelnden Beitrag ihres Rohstoffreichtums zu inklusiver Entwicklung intensiviert. Rund 3,5 Milliarden Menschen leben in Ländern, die reich an extraktiven Ressourcen sind. Mineralische Rohstoffe spielen in 81 Ländern eine dominante Rolle; 70 % jener Menschen, die weltweit in extremer Armut leben, leben in diesen Ländern (Weltbank 2015). Der Umsatz des extraktiven Sektors macht etwa 5 % des Welt-BIP (Bruttoinlandsprodukt) aus. Die potenziellen Einnahmen für Entwicklungsländer werden auf etwa ein Drittel der Summe geschätzt. Ein beträchtlicher Teil dieser Einnahmen geht allerdings durch illegale oder illegitime¹ Kapitalflüsse verloren (Le Billon 2011).

Aus diesem Grund gelten die fehlende Transparenz von Gewinnen und Zahlungsflüssen sowie die ungleiche Verteilung der Einnahmen als eine zentrale Ursache, warum Ressourcenabbau zu wenig zu Armutsminderung und wirtschaftlicher Entwicklung beiträgt. In diesem Zusammenhang sind in den letzten Jahren eine Reihe von privaten und öffentlichen Initiativen entstanden, die Transparenz und Rechenschaftspflicht in diesem Sektor erhöhen sollen. Das vorliegende Briefing Paper analysiert die derzeit wichtigste internationale Transparenzinitiative im Bereich der nicht erneuerbaren Ressourcen, die Extractive Industry Transparency Initiative (EITI) sowie Gesetzesvorhaben in der EU und in den USA, die die EITI umsetzen bzw. unterstützen sollen.

2. Extractive Industries Transparency Initiative

2.1. Vorgeschichte

Korruption und schlechte Regierungsführung sind laut internationalen Indizes wie dem Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International in rohstoffreichen Ländern besonders verbreitet und die extraktive Industrie wird als einer der korruptesten Bereiche der internationalen Wirtschaft gesehen (David-Barett/Okamura 2013). Zudem macht der extraktive Sektor in vielen Ländern zwar einen Großteil der Exporte aus, trägt jedoch wenig zur Staatsfinanzierung bei. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass sich Staaten in den 1980er- und 1990er-Jahren in vielen Entwicklungsländern – oft auf Empfehlung der internationalen Finanzinstitutionen – aus dem extraktiven Sektor zurückzogen und ihre Rolle auf die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen beschränkten. Ausländischen Öl- und Bergbaukonzernen wurden dafür weitreichende Anreize gewährt, wie etwa großzügige Verträge, Steuererleichterungen und Investitionsschutzklauseln (Besada/Martin 2013; Campbell 2010; UNECA/AU 2011). Diese Maßnahmen schwächten öffentliche Institutionen, verstärkten Machtasymmetrien zugunsten multinationaler Rohstoffunternehmen und verhinderten einen höheren Beitrag des extraktiven Sektors für öffentliche Einnahmen und wirtschaftliche Entwicklung. „While Africa had traditionally not gained the best possible benefits from resource exploitation – the situation was further exacerbated in the 1990s“ (UNECA/AU 2011: 17). Erkenntnisse wie diese, sowie das Bekanntwerden etlicher Korruptionsfälle führten Ende der 1990er-Jahre zu zunehmender Kritik am Engagement der Entwicklungsbanken im extraktiven Sektor und zu immer stärker werdendem Druck für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Anlässlich der Jahrestagung der Internationalen Finanzinstitutionen im Jahr 2000 forderte eine breite NGO-Koalition die Weltbank auf, die Förderung von Projekten im extraktiven Sektor zu beenden. In der Folge beauftragte der damalige Präsident James Wolfensohn ei-

¹ z.B. durch diverse Steuervermeidungspraktiken

ne unabhängige Prüfung der bisherigen Rohstoff-Förderprojekte unter der Leitung von Emil Salim, einem ehemaligen Minister aus Indonesien. Der Endbericht (Weltbank 2003) stellte wesentliche Mängel – insbesondere im Bereich Governance – fest. So sahen etwa nur 15 % der Förderprojekte in diesem Sektor finanzielle Offenlegungspflichten vor. Die Berichtskommission forderte die Weltbank ebenfalls auf, die Förderung von Erdöl- und Kohleprojekten einzustellen und stellte infrage, ob Förderungen im Rohstoffbereich zum Ziel der Armutsminderung beitragen. Der Bericht empfahl, dass bevor weitere Projekte im Bergbausektor gefördert werden, Institutionen reformiert und Good Governance-Kriterien erfüllt sein sollten. Das Weltbankdirektorium lehnte eine Einstellung der Projekte ab, verfügte aber als Zugeständnis die Einführung von erhöhten Transparenzbestimmungen (Keblusek 2010; Visser 2012).

Als Folge von zwei viel beachteten Berichten von Global Witness (1999, 2002) über die enge Zusammenarbeit großer multinationaler Ölfirmen mit korrupten Regierungen und die Unterschlagung von Einnahmen aus dem Ölsektor während des 40-jährigen Bürgerkriegs in Angola wurde 2002 die internationale Kampagne Publish What You Pay (PWYP) ins Leben gerufen². Ziel der Kampagne ist es, die Rechenschaftspflicht der Regierungen in Bezug auf die Einnahmen aus dem extraktiven Sektor und deren Verwendung zu erhöhen.

Als Reaktion auf den Druck der britischen Zivilgesellschaft lancierte der britische Regierungschef Toni Blair bei der Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 die Idee eines freiwilligen globalen Transparenz-Standards im Rohstoffbereich. Im Juni 2003 wurde die EITI ins Leben gerufen (UNCTAD 2014; Lowe 2014; Besada/Martin 2013). Sie erhielt weitreichende politische Rückendeckung (UN Generalversammlung, G8, G20, Europäische Kommission, Afrikanische Union) sowie auch technische und finanzielle Unterstützung (Weltbank, IWF, regionale Entwicklungsbanken, internationale Unternehmen) (Grieger 2014). Innerhalb kurzer Zeit wurde die EITI somit zum wichtigsten Soft-law Transparenzstandard im Rohstoffsektor.

2.2. Kriterien der EITI

Die EITI ist ein globaler Governance-Standard für Öl-, Gas- und mineralische Rohstoffvorkommen eines Landes. Regierungen, die den EITI-Standard umsetzen, legen Informationen über Einnahmen aus dem extraktiven Sektor offen. Unternehmen, die EITI-Mitglied sind, veröffentlichen ihre Zahlungen an die jeweiligen Regierungen. Ziel der EITI ist, durch den Vergleich der Einnahmen und Ausgaben die Möglichkeit zur Korruption einzuschränken sowie eine sachkundige Debatte über das Management und die Nutzung der natürlichen Ressourcen eines Landes zu fördern, und BürgerInnen und Zivilgesellschaft zu befähigen, die Rechenschaftspflicht der jeweiligen Regierungen zu erhöhen (EITI International Secretariat 2015).

Der EITI-Standard wird in freiwilliger Selbstverpflichtung von den jeweiligen Regierungen getragen und versteht sich als Multistakeholder-Standard. Das EITI Sekretariat in Oslo koordiniert die EITI-Implementierung. Der EITI-Vorstand besteht aus 20 Mitgliedern und setzt sich aus einer/m Vorsitzenden, acht VertreterInnen der Mitgliedsländer, sechs Unternehmens-, sowie fünf VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammen³ (EITI International Secretariat 2015; Grieger 2014).

² Gegründet von CAFOD, Global Witness, Transparency International UK, Save the Children UK, Open Society Institute und Oxfam UK. Investor George Soros, Gründer des Open Society Instituts, spielte eine Schlüsselrolle bei der Gründung von PWYP, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung und die Öffentlichkeitsarbeit. Heute hat PWYP Mitgliedsorganisationen in 50 Ländern, in 35 Ländern gibt es nationale PWYP-Koalitionen.

³ Der Vorstand trifft Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit (mindestens 13 Stimmen) wobei von jeder Gruppe mindestens ein Drittel der VertreterInnen zustimmen muss.

Länder, die Mitglied der EITI werden wollen, müssen die Anforderungen des EITI-Standards erfüllen. Die entsprechenden Informationen werden regelmäßig im EITI-Bericht des jeweiligen Landes veröffentlicht. Ein Land, das sich zur Einhaltung des Standards verpflichtet, erhält Kandidatenstatus. Ab dem Zeitpunkt der Zulassung als Kandidat hat das betreffende Land 1,5 Jahre Zeit, den ersten Bericht zu erstellen und 2,5 Jahre bis dieser Bericht von unabhängiger Seite evaluiert werden muss. Wird dabei die Erfüllung aller sieben Anforderungen an den transparenten Umgang mit Rohstoffen festgestellt, gilt das Land als EITI-konform. Ab diesem Zeitpunkt wird das Land alle drei Jahre erneut überprüft, wobei der erreichte Status jederzeit suspendiert werden kann (EITI International Secretariat 2015), wie dies aktuell etwa bei Guatemala, Jemen und Indonesien der Fall ist.

Unternehmen, die Unterstützer der EITI werden wollen, müssen ihre Zustimmung zu den EITI-Prinzipien öffentlich bekanntgeben und einen jährlichen finanziellen Beitrag zwischen US \$ 20.000 und 60.000, abhängig von der Unternehmensgröße, an das internationale EITI-Management leisten. Neben den in Umsetzungsländern bereits bestehenden Anforderungen sind Unternehmen, die die EITI unterstützen, zu keiner zusätzlichen Berichterstattung verpflichtet. Sowohl Unternehmen aus dem extraktiven Sektor als auch aus dem nicht-extraktiven Sektor können Unterstützer der EITI werden (EITI International Secretariat 2015).

Nach einer Evaluierung der EITI im Jahr 2011 (Scanteam 2011) wurden die EITI-Standards in einem zwei Jahre dauernden Prozess überarbeitet und im Jahr 2013 – 10 Jahre nach Gründung der EITI – wurden revidierte Standards vorgelegt (Box). Die Revision der Standards war auch eine Antwort auf weitreichende Kritik u.a. von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie auf die verpflichtenden Regeln, die die USA und die EU verabschiedet haben (siehe Kapitel 4). Kritisiert worden war u.a. die Unvollständigkeit der Daten, ihre mangelnde Aussagekraft durch die starke Aggregation und die Unübersichtlichkeit sowie unterschiedliche Qualität der Berichte (CIDSE 2011).

Die Anforderungen des EITI-Standards:

1. Effektive Aufsicht durch die Multistakeholder-Gruppe.
 2. Rechtzeitige Veröffentlichung von EITI-Berichten.
 3. EITI-Berichte müssen Kontextinformationen zu den rohstoffgewinnenden Industrien beinhalten.
 4. Erstellung umfassender EITI-Berichte, die eine vollständige Offenlegung der Staatseinnahmen aus den rohstoffgewinnenden Industrien, sowie eine Offenlegung aller wesentlichen Zahlungen von Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen an den Staat beinhalten.
 5. Glaubwürdiger Sicherungsprozess unter Anwendung internationaler Standards.
 6. Verständliche EITI-Berichte, die aktiv bekannt gemacht werden, öffentlich zugänglich sind und zur öffentlichen Debatte beitragen.
 7. Die Multistakeholder-Gruppe unternimmt Schritte, um aus den gewonnenen Erkenntnissen zu lernen und die Ergebnisse und Auswirkungen der Umsetzung der EITI zu bewerten.
-

Bei der Revision der EITI-Standards wurden detailliertere Berichtspflichten festgelegt: Regierungen müssen Informationen über nationale Fördermengen sowie über die Inhaber von Lizenzen offenlegen. Des Weiteren müssen nun alle Einkünfte aus der extraktiven Industrie – auf nationaler und regionaler und lokaler Ebene – bekannt gegeben werden. Die Berichte müssen in disaggregierter Form veröffentlicht werden, nach Unternehmen, Regierungseinheit und – wo angemessen – auf Projektebene, entsprechend der US- und EU-Gesetzgebung. Die Offenlegung der wirtschaftlichen Eigentümer der Unternehmen („beneficial ownership“) sowie die Veröffentlichung der Produktionsverträge mit den Unternehmen ist auch nach der Revision nicht verpflichtend vorgesehen, es wird lediglich dazu „ermutigt“ (EITI 2015).

Aktuell wird in einem Pilotprozess, an dem 12 Länder teilnehmen, die Möglichkeit untersucht, die zu veröffentlichenden Daten auf die wirtschaftlichen Eigentümer⁴ auszuweiten⁵. Falls das Pilotprojekt Erfolg hat, wird mit dem Jahr 2016 eine Ausweitung des EITI-Standards angestrebt. Umsetzungsländer sollen ab diesem Zeitpunkt zur Bekanntgabe sämtlicher wirtschaftlicher Eigentümer (beneficial owner) der extraktiven Unternehmen verpflichtet sein. Dies soll der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Steuerhinterziehung dienen. Aktuell ist die Identität der wirtschaftlichen Eigentümer oft nicht bekannt und Interessenskonflikte damit nur schwer feststellbar. Die Ukraine, die seit Oktober 2013 EITI-Kandidatenland ist und im Herbst 2015 ihren ersten EITI-Bericht vorlegen soll, hat diese Anforderung bereits in die nationale Gesetzgebung integriert und Ende 2014 ein Gesetz verabschiedet, das die Einrichtung eines öffentlichen Verzeichnisses mit allen Unternehmen und ihren wirtschaftlichen Eigentümern vorschreibt. Laut PWYP stellt dieses Gesetz zur Offenlegung der Letztbegünstigten einen entscheidenden Schritt dar, um die EITI in der Ukraine erfolgreich umzusetzen und um die Transparenz im extraktiven Sektor zu steigern (PWYP 2015b).

2.3. EITI-Mitgliedschaft

In den letzten Jahren hat sich die Anzahl der Länder, die den EITI-Standard erfüllen, stark erhöht – von zwei Ländern im Jahr 2009 und 12 Ländern im Jahr 2011 auf 31 im Jahr 2015⁶ (siehe Tabelle 1). Weitere 17 Länder haben Kandidatenstatus. Derzeit beträgt der Wert der offengelegten Staatseinnahmen aus Öl-, Gas- und mineralischen Rohstoffvorkommen 1,6 Billionen US \$. Mehr als 90 große Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen haben sich dazu verpflichtet, die EITI zu unterstützen (EITI International Secretariat 2015).

Norwegen ist bisher das einzige EITI-konforme Industrieland. Großbritannien (GB) und Frankreich haben 2013 angekündigt, der EITI beizutreten, GB hat seit 2014 Kandidatenstatus. Die USA haben seit März 2014 ebenfalls Kandidatenstatus, Deutschland bereitet aktuell (Juni 2015) die Kandidatur vor. Japan und Russland haben sich verpflichtet, ihre Unternehmen zu einer EITI-Mitgliedschaft zu ermutigen. Die BRICS⁷ – sowie die meisten OPEC-Länder – sind nicht Mitglied der EITI. Rohstoffreiche Ländern wie Angola und Sudan haben bisher kein Interesse bekundet. Länder wie etwa die BRICS-Länder Indien oder Südafrika schätzen ihre eigenen Transparenzregeln als ausreichend ein. Die Anerkennung von Äthiopien als EITI-Kandidat hat aufgrund der restriktiven Bestimmungen für die Zivilgesellschaft heftige Kontroversen ausgelöst (Grieger 2014).

⁴ Wirtschaftliche Eigentümer bzw. Letztbegünstigte werden definiert als Individuen, die letztendlich ein Unternehmen oder eine Lizenz direkt oder indirekt besitzen bzw. kontrollieren.

⁵ <https://eiti.org/pilot-project-beneficial-ownership#Progress>

⁶ Davon sind drei aktuell suspendiert (Stand April 2015).

⁷ Die Schwellenländer Brasilien, Indien, China, Russland, Südafrika.

Tabelle 1: EITI Mitgliedschaft (Stand: Juni 2015)

EITI-konform			Kandidatenstatus	
Albanien	Kasachstan	Osttimor	Afghanistan	Philippinen São Tomé und Príncipe
Burkina Faso	Kirgisistan	Peru	Aserbaidshjan	Senegal
Dem. Rep. Kongo	Liberia	Republik Kongo	Äthiopien	Seychellen
Cote d'Ivoire	Mali	Sambia	Großbritannien	Solomon-Inseln
Ghana	Mauretanien	Sierra Leone	Honduras	Tadschikistan*
Guatemala*	Mongolei	Tansania	Kolumbien	Ukraine
Guinea	Mosambik	Togo	Madagaskar	USA
Indonesien*	Niger	Trinidad u Tobago	Myanmar	
Irak	Nigeria	Tschad	Papua-Neuguinea	
Jemen*	Norwegen	Zentr. Afrik. Rep.*		
Kamerun				

* suspendiert.

Die Zentralafrikanische Republik wurde in der Folge des Regierungsputsches 2013 suspendiert. Guatemala, Indonesien und Tadschikistan wurden im April 2015 suspendiert, weil sie den EITI-Report nicht rechtzeitig vorgelegt hatten, Aserbaidshjan wurde im April 2015 – als erstes Land – wegen repressiven Verhaltens gegen die Zivilgesellschaft auf Kandidatenstatus zurückgestuft.

Aktuell sind über 90 Unternehmen – die Mehrzahl aus dem extraktiven Sektor – als Unterstützer der EITI registriert, darunter sind die größten Unternehmen der Branche wie Shell, Exxon Mobil, Anglo American, BHP Billington, Glencore, Royal Dutch Shell, BP etc. Zudem unterstützen über 90 institutionelle Investoren, wie HSBC, Allianz Goldman Sachs Asset Management oder JP Morgan Asset Management die EITI.

3. Einschätzung der EITI

Die EITI hat in etlichen Ländern erstmals eine öffentliche Diskussion über Öl-, Gas- und Bergbaueinnahmen und deren Verwendung ermöglicht. Darüber hinaus sind durch die EITI zum ersten Mal in der Geschichte vieler betroffener Länder Zahlen aus dem Öl-, Gas- und Bergbausektor veröffentlicht worden, was von vielen zivilgesellschaftlichen VertreterInnen als Fortschritt gewertet wird. Als weiterer Pluspunkt wird die Vernetzung von relevanten Akteuren sowie die Stärkung von Know-how und Kapazitäten bei zivilgesellschaftlichen Akteuren gewertet (Feldt/Müller 2011; UNCTAD 2014; Obenland 2013).

Eine zentrale Schwäche der EITI ist allerdings die rein formale Überprüfung der Zahlungsflüsse und der limitierte Anwendungsbereich der Initiative. Der EITI-Standard fordert ausschließlich einen Abgleich der Regierungseinnahmen und der Unternehmenszahlungen. Sogar diesbezüglich waren Berichte bis zum Zeitpunkt der Revision oft zu wenig aussagekräftig. Die Umsetzung der neuen Standards wird dabei jedoch zweifellos zu einer Verbesserung führen. Der im Juni 2015 erschienene EITI-Fortschrittsbericht, der 29 – nach dem neuen Standard erstellte – Berichte untersucht, ergab, dass alle Berichte disaggregierte Daten nach Unternehmen und Einnahmenquelle enthalten, allerdings publizieren nur vier der Berichte Daten auf Projektbasis (EITI 2015).

Wie jedoch die Verträge gestaltet sind und ob etwa die Steuerleistungen der Öl- und Bergbauunternehmen angemessen sind, wird von der EITI weiterhin nicht beurteilt. Sambia, das seit 2008 EITI-Mitglied ist, soll zwischen 2000 und 2010 fast 9 Mrd US \$ aufgrund von Korruption und Praktiken der Steuervermeidung – vor allem im Kupfersektor – verloren haben. Diese Summe entspricht der Hälfte des sambischen Bruttoinlandsproduktes (Kar/Freitas 2012). Eine Untersuchung der Wirkung von EITI in Mosambik ergab, dass die wesentlichen

Verluste von öffentlichen Einnahmen auf ungünstige Vertragsvereinbarungen und illegale Praktiken zurückzuführen sind (Ossemame 2013). Nur wenn die Transparenzbestimmungen daher auf die Offenlegung von Verträgen, Lizenzbestimmungen, Umsätzen, interner Verrechnungspreise und andere produktionsrelevanter Daten ausgeweitet werden, können Kernprobleme im extraktiven Sektor wie illegale Finanzflüsse, Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie die ungleiche Verteilung der Einnahmen angegangen werden (La Billon 2011).

Eine vom European Research Centre for Anti-Corruption and State-Building in Auftrag gegebene Untersuchung ergibt, dass EITI hinsichtlich der Verringerung von Korruption tatsächlich positive Ergebnisse in den Umsetzungsländern erzielt. Laut den Autoren ist das auf die Gestaltung des Implementierungsprozesses und dem damit einhergehenden Aufbau von Multistakeholder-Gruppen zurückzuführen. EITI sei erfolgreich, weil durch die erworbene Kompetenz der Zivilgesellschaft die jeweiligen Regierungen vermehrt Rechenschaft ablegen, zivilgesellschaftliche Organisationen auf Regierungsentscheidungen mehr Einfluss nehmen können und weil die Verabschiedung von Anti-Korruptionsregeln gefördert wird. Ferner wird argumentiert, dass sich Regierungen aufgrund ihres Rufes unter internationalen Gebern freiwillig zur Umsetzung des EITI-Standards verpflichten. Für viele Geberstaaten und internationale Organisationen stellen Anti-Korruptionsmaßnahmen eine Bedingung dar, um Kredite zu gewähren. Der Bericht weist nach, dass der Zugang der Regierungen zu Fördermitteln steigt, je weiter sie in ihrem EITI-Prozess fortgeschritten sind (David-Barrett/Okamura 2013).

Aufgrund der unterschiedlichen Perspektiven und Wissens- bzw. Erfahrungshintergründe haben Multistakeholder-Initiativen wie die EITI das Potenzial, zu einer verbesserten Governance im Rohstoffbereich beizutragen. Voraussetzung dafür sind inklusive, faire und effiziente Entscheidungsprozesse sowie ausreichende Kompetenzen der unterschiedlichen Stakeholder. Laut einer aktuellen Untersuchung (MSI Integrity 2015) weist die interne Governance vieler Multistakeholder-Gruppen (MSG) allerdings wesentliche Defizite auf. Eine Bewertung nationaler MSGs ergab, dass keines der untersuchten Länder sämtliche Anforderungen des EITI-Standards hinsichtlich interner Verwaltungsprozedere erfüllt. Die Kriterien für die Auswahl der zivilgesellschaftlichen VertreterInnen waren oft nicht nachvollziehbar, wichtige Stakeholder wie etwa VertreterInnen von betroffenen Communities fehlten, Informationen und Berichte wurden zu spät erstellt. Diese mangelhafte Organisation von MSG mache es schwierig, eine wirksame Beteiligung der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Um dem entgegenzuwirken, seien u.a. effektive Kontroll- und Beschwerdemechanismen auf globaler Ebene, transparente Auswahlkriterien für die Teilnahme an MSGs und eine Stärkung der Kapazitäten der lokalen Zivilgesellschaft nötig. KritikerInnen weisen zudem auf die Gefahr einer Kooptierung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in MSG hin, da die Diskussion von mächtigen Interessensgruppen dominiert werde und das ungleiche Machtgefälle weiterhin erhalten bleibe (Visser 2012).

Eine Herausforderung für eine effektive Umsetzung der EITI stellt zudem die Erfassung des artisanalen Bergbausektors dar. In vielen rohstoffreichen Ländern erfolgt ein wesentlicher Teil der Produktion im Kleinbergbausektor, der in großem Ausmaß informell betrieben wird. Schätzungen zufolge sind mehr als 100 Millionen Menschen weltweit entweder direkt oder indirekt vom artisanalen Bergbau abhängig. Um die Transparenz des kleingewerblichen Bergbaus zu erhöhen, wird seine Formalisierung vorausgesetzt. Eine von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Auftrag gegebene Studie weist darauf hin, dass dies zuallererst das Commitment der jeweiligen Regierung und die Einbindung von VertreterInnen des artisanalen Bergbaus benötigt, aber dass die EITI genutzt werden könnte, um Vertrauen und Kooperation zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu schaffen (BGR 2010).

Die Transparenz von Zahlungsströmen ist eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung dafür, dass der Rohstoffreichtum positive Entwicklungseffekte für die betroffenen Länder hat. Um nachhaltig Wirkung zu zeigen und den Rohstoffabbau für inklusive wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen, braucht es zusätzlich veränderte politische und rechtliche Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene. Um wirksam und einklagbar zu werden, müssen Regeln und Standards in den Gesetzgebungen der rohstoffproduzierenden Länder integriert werden (PWYP 2015a; Besada/Martin 2013; Feldt/Müller 2011). Dabei darf nicht verkannt werden, dass Veränderungen im Bergbausektor nicht immer – so wie von VertreterInnen der EITI oft dargestellt, win-win-Situationen darstellen, sondern substantielle Interessenskonflikte hervorrufen – zwischen lokalen Eliten, nationalen und internationalen Unternehmen, lokalen Gemeinschaften und verschiedenen Regierungsebenen – und zu Verlusten für mächtige Stakeholder führen können (Feldt 2014; Keblusek 2010; Visser 2012). Der EITI liegt die Grundannahme zugrunde, dass der Abbau von natürlichen Ressourcen alternativlos ist. Eine grundsätzliche Debatte über das Für und Wider und potenzielle negative soziale und ökologische Auswirkungen sowie Opportunitätskosten ist dabei nicht vorgesehen. KritikerInnen sehen somit in der EITI ein Rechtfertigungsinstrument für die weitere Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Umweltzerstörung (Visser 2012).

4. Umsetzung in USA und EU

4.1. Dodd-Frank Act: Section 1504

In Folge der globalen Finanzkrise verabschiedeten die USA mit dem „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ (kurz: Dodd-Frank Act) ein umfassendes Regelwerk, mit dem Ziel, die Stabilität, Rechenschaftspflicht und Transparenz im Finanzsystem zu erhöhen. Ein Teil dieses Regelwerkes (Sektion 1504) verpflichtet Unternehmen zu einer erhöhten Transparenz im internationalen Rohstoffsektor, wodurch die USA eine Vorreiterrolle in diesem Bereich eingenommen hätten. Allerdings wurde die Implementierung der Bestimmung durch eine Klage der Erdölindustrie 2013 suspendiert und harrt weiterhin ihrer Umsetzung.

Die Bestimmung bezieht sich auf die kommerzielle Erschließung von Öl-, Gas- und Mineralvorkommen und fordert Unternehmen aus dem extraktiven Sektor zur Offenlegung aller Zahlungen über US \$ 100.000 an die US- oder ausländische Regierungen auf. Diese Daten müssen in einem jährlichen Bericht veröffentlicht werden. Inkludiert sind Zahlungen „for exploration, extraction, processing, export, and other significant actions relating to oil, natural gas, or minerals, or the acquisition of a license for any such activity“ (SEC 2012: 6). Die Berichte müssen Informationen zu Art und Gesamtsumme solcher Zahlungen sowohl auf Basis einzelner Länder als auch auf Basis einzelner Projekte enthalten. Die offengelegten Informationen sollen in einer Onlinedatenbank zur Verfügung gestellt werden. Für die Umsetzungsbestimmung ist die US-amerikanische Finanzmarktaufsicht (Securities and Exchange Commission – SEC), zuständig.

Das Gesetz soll zu mehr Transparenz im Öl-, Gas- und Bergbausektor beitragen und BürgerInnen aus rohstoffreichen Ländern als Kontrollinstrument gegenüber den jeweiligen Regierungen dienen und damit Korruption vorbeugen. Durch Section 1504 sollen internationale Transparenzinitiativen wie die EITI unterstützt werden. Bei der Bestimmung, welche Zahlungen explizit von der Offenlegungspflicht abgedeckt sind, bezieht sich die SEC auf die Definition des EITI-Standards. Die Offenlegungsmaßnahmen richten sich an alle Unternehmen der genannten Sektoren, die an der US-Börse gelistet sind. Konkret betrifft das 90 % aller international tätigen Öl- und Gasfirmen sowie acht der zehn größten Bergbauunternehmen weltweit. Zahlungen von Tochtergesellschaften und anderen abhängigen Körperschaften müssen ebenfalls veröffentlicht werden (UNCTAD 2014).

Allerdings traf das Gesetz auf Widerstand der betroffenen Unternehmen: Im Oktober 2012 legten der Industrieverband der US-Ölindustrie (American Petroleum Institute – API)⁸, die US Chamber of Commerce und weitere Verbände Klage gegen die Bestimmungen der SEC beim Bezirksgericht des District of Columbia ein. Die Kläger argumentierten, Section 1504 verstoße gegen das verfassungsmäßig garantierte Recht der Redefreiheit, da es Unternehmen zu Aussagen zwingt, die deren Geschäftsinteressen verletzen. Außerdem habe die SEC die Regeln nicht mit genügend Umsicht entwickelt (Obenland 2013; Besada/Martin 2013). Die Klage wurde wiederholt abgewiesen, und von den Klägern in die jeweils nächsthöhere Instanz getragen. Im Laufe des Verfahrens beteiligten sich auch NGOs wie Earthrights International und Oxfam America mit eigenen Rechtsgutachten. Diese lehnten eine Aussetzung der Regelung ab und verteidigten die Bestimmungen der SEC. Sie widerlegten u.a. die Aussage von API, demnach die Offenlegung von Zahlungen in gewissen Ländern untersagt sei (Earthrights International 2015).

Die Klage landete schließlich beim D.C. District Court, wo der Richter das Gesetz vorübergehend suspendierte und die SEC beauftragte, bestimmte Aspekte der Regelung zu überarbeiten⁹. Die SEC zog in der Folge das Gesetz zurück und muss nun ihre Umsetzungsbestimmungen entweder korrigieren oder juristisch nicht anfechtbare Argumente für deren Weiterbestehen finden. Eine Neuauflage wäre für März 2015 geplant gewesen, allerdings erklärte die SEC im selben Monat, einen neuen Gesetzesentwurf frühestens im Frühjahr 2016 zu erlassen (Obenland 2013; UNCTAD 2014). Aus diesen Gründen konnte Section 1504 des Dodd-Frank Act bislang nicht implementiert werden.

4.2. EU Accounting und Transparency Directives

Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des G8-Gipfels vom Mai 2011 und der Verabschiedung des Dodd-Frank Act im August 2012 in den Vereinigten Staaten hat auch die Europäische Union Maßnahmen ergriffen um im Sinne erhöhter Transparenz die Offenlegung von Zahlungen an staatliche Stellen zu fördern¹⁰. Durch die Abänderung der Transparenzrichtlinie im Oktober 2013 und durch die Neuformulierung der Accounting Directive im Juni 2013 werden alle börsennotierten sowie alle privaten großen¹¹ Unternehmen der Öl-, Gas-, Bergbau- und Holzindustrie zur Veröffentlichung aller Zahlungen über € 100.000 verpflichtet¹².

In einem jährlichen Bericht müssen jene Zahlungen aufgeführt werden, die mit denen im Rahmen des EITI-Standards offengelegten vergleichbar sind. Wie Section 1504 des Dodd-Frank Act verlangt auch die EU-Richtlinie lediglich die Offenlegung von Zahlungen an Regierungen. Die Berichterstattung über Zahlungen sollte in Bezug auf einzelne Länder und in Bezug auf einzelne Projekte erfolgen. Projekte sind definiert als operative Tätigkeiten, die sich nach einem einzigen Vertrag, einer Lizenz, einem Mietvertrag, einer Konzession oder ähnlichen rechtlichen Vereinbarungen richten und die Grundlage für Zahlungsverpflichtungen gegenüber einer staatlichen Stelle bilden. Wie in der ursprünglichen Umsetzungsverordnung der SEC sind auch in der EU-Richtlinie keine Ausnahmen vorgesehen. Außerdem sollten die Jahresfinanzberichte in einem einheitlichen elektronischen Berichtsformat erstellt werden (Europäische Kommission 2013a, 2013b; Obenland 2013).

⁸ Das API vertritt einige der größten Öl-Konzerne der Welt, darunter BP, Shell Exxon und BHB Billiton.

⁹ Zum einen müsse besser begründet werden, warum die Informationen von den Unternehmen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssten (anstatt sie z.B. vertraulich an die SEC zu melden), zum anderen müssten bessere Argumente dafür angeführt werden, warum keine Ausnahmen in den Regeln (z.B. für Drittländer) vorgesehen seien.

¹⁰ Die Gesetzesvorhaben in den USA und der EU haben waren auch Anlass für ähnliche legislative Initiativen in Kanada, Norwegen und der Schweiz.

¹¹ Unternehmen, die am Bilanzstichtag mindestens zwei der drei folgenden Größenmerkmale überschreiten: a) Bilanzsumme: € 20 Mio; Nettoumsatzerlöse: € 40 Mio; durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres Beschäftigten: 250 (Europäische Kommission 2013a).

¹² Die EU-Transparenzrichtlinie ist inhaltlich bezüglich der Offenlegungspflichten für Unternehmen der mineralgewinnenden Industrie und der Unternehmen des Holzeinschlags mit der Accounting Directive identisch, bezieht sich aber nur auf börsennotierte Unternehmen (Feldt 2014).

Zweck der Berichte ist es, den Regierungen rohstoffreicher Länder dabei zu helfen, die EITI-Anforderungen umzusetzen und ihren BürgerInnen Rechenschaft über die Zahlungen abzugeben, die sie von den in ihrem Land tätigen Unternehmen der Rohstoff- und Holzindustrie erhalten. Laut EU-Kommission sollen Investoren von den offengelegten Finanzinformationen aller öffentlich gehandelten Gesellschaften und privaten Großunternehmen profitieren, da einheitliche internationale Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Mit dieser rechtsverbindlichen Offenlegungspflicht ergänzt die EU die EITI-Bemühungen (Europäische Kommission 2013a, 2013b).

Zusätzlich verpflichtet die Accounting Directive die Kommission innerhalb von drei Jahren nach Ablauf der Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie durch die Mitgliedstaaten das Berichterstattungssystem zu überprüfen. Bei der Überprüfung sollte unter anderem auf die Frage einer Ausdehnung der Berichtspflichten auf zusätzliche Wirtschaftszweige eingegangen werden. Darüber hinaus sollten Überlegungen angestellt werden, ob es sinnvoll wäre, zusätzliche Zahlungsinformationen, etwa zu den effektiven Steuersätzen und nähere Angaben zum Empfänger mit aufzunehmen. Bis Juli 2015 müssen die Mitgliedstaaten die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt haben. Ab diesem Zeitpunkt werden den Unternehmen ein bis zwei Jahre zur Veröffentlichung ihres ersten Jahresberichtes eingeräumt (Europäische Kommission 2013a, 2013b; Küblböck 2014; Lowe 2014). Mit diesen Richtlinien geht die EU einen Schritt weiter als die Gesetzgebung der USA, da diese sich ausschließlich auf börsennotierte Unternehmen beschränkt und den forstwirtschaftlichen Sektor nicht mit einbezieht (Küblböck 2014).

Laut einem Bericht von Transparency International vom November 2014 veröffentlichten bisher nur wenige der weltweit größten Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen Zahlungen an Regierungen. Von 24 extraktiven Unternehmen, die von den neuen EU- und US-Vorschriften betroffen wären, legen 19 in weniger als der Hälfte der Länder, in denen sie Tätigkeiten durchführen, Steuerzahlungen offen. Lediglich Großbritannien, das als erster EU-Mitgliedstaat im August 2014 die Transparenzrichtlinien in die britische Gesetzgebung integriert hat, erzielt gute Ergebnisse. Alle 13 bewerteten britischen Unternehmen haben öffentlich ihre Zustimmung zu den Gesetzen kundgetan und Offenlegungsmaßnahmen ergriffen sowie Verhaltensregeln oder Anti-Korruptionsstrategien festgelegt (EurActiv 2014b).

NGOs wie Oxfam zweifeln an der Effektivität der EU-Richtlinie. Die Information über an die Regierung geleistete Zahlungen könne zwar verwendet werden, um diese für die Verwendung dieser Mittel zur Rechenschaft zu ziehen. Aber ohne die Offenlegung weiterer Informationen wie Umsatz, Gewinne, Anzahl der Beschäftigten, Kosten und/oder Vermögen sei es für die Aufsichtsbehörden sowie für Zivilgesellschaft und Medien schwierig, die Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen und nachzuvollziehen, ob diese adäquate Steuerleistungen und andere Abgaben entrichten (EurActiv 2013).

Bis zum Datum dieser Publikation sind der Implementierungs- und Auslegungsprozess der EU- und US-Rechtsprechung nicht abgeschlossen. Die EU-Richtlinien müssen bis Juli 2015 in nationales Recht jedes Mitgliedsstaates umgesetzt werden um wirksam zu werden und die Neufassung der US-Regelung kann zu substantziellen Veränderungen der ursprünglichen Regeln führen.

5. Fazit

Die Offenlegung von Zahlungsströmen gemäß der überarbeiteten EITI-Standards, der Section 1504 des Dodd-Frank Act und der EU-Transparency und Accounting Directives ist ein wichtiger und unumgänglicher Schritt in Richtung mehr Transparenz. Es bleibt abzuwarten, wie ambitioniert die neuen EITI-Standards angewandt und wie die Gesetze in den USA und der EU im Detail gestaltet werden. Um illegalen oder illegitimen Kapitalflüssen aus dem extraktiven Sektor wirksam entgegenzuwirken, müssten die Transparenzbestimmungen zusätzlich auf Verträge, Lizenzbestimmungen, Umsätze und andere produktionsrelevante Daten ausgeweitet werden. Zudem müssten die Regeln und Standards verbindlich sein und in die Gesetzgebungen der jeweiligen ressourcenreichen Länder sowie aller Länder integriert werden, wo extraktive Unternehmen beheimatet sind bzw. Filialen haben (insbesondere Offshore Zentren) (PWYP 2015a; Besada/Martin 2013; Feldt/Müller 2011). Ergänzt werden müssen diese Regeln durch zusätzliche Maßnahmen auf internationaler Ebene, insbesondere in Bezug auf internationale Steuerkooperation inkl. Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung.

Literatur

- Besada, Hany/Martin, Philip (2013): Mining Codes in Africa: Emergence of a “Fourth” Generation? NSI Research Report. <http://www.nsi-ins.ca/wp-content/uploads/2013/03/Mining-Codes-in-Africa-Report-Hany.pdf> (22.6.2015).
- BGR (2010): Implementing Transparency (EITI) in the Artisanal and Small-Scale Mining Sector. Policy Advice Mineral & Energy Resources. http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Zusammenarbeit/TechnZusammenarbeit/Politikberatung_SV_MER/Downloads/informationsblaetter_infoblatt_ASM_EITI.pdf?blob=publicationFile&v=1 (22.6.2015).
- Campbell, Bonnie (2010): Mining Sector Policy-Making and the Donor Community in and for Africa: Lessons and Future Options. In: TWN (2010): Enclaves of Wealth and Hinterlands of Discontent: Foreign Mining Companies in Africa’s Development. Ghana, 1-37.
- CIDSE (2011): Learning from the EITI: Lessons for Effective Country-By-Country Data Disclosure Requirements. <http://www.cidse.org/publications/business-and-human-rights/country-by-country-reporting/catholic-briefing-eiti.html> (22.6.2015).
- David-Barett, Liz/Okamura, Ken (2013): The Transparency Paradox: Why do Corrupt Countries Join EITI? ERCAS Working Paper No. 38.
- Earthrights International (2015): American Petroleum Institute v. SEC: Revenue Transparency Litigation. <http://www.earthrights.org/legal/american-petroleum-institute-v-sec-revenue-transparency-litigation> (22.6.2015).
- ECDPM (2011): The Extractive Industry Development Forum: How Financial Transparency and Economic Governance Can Help Achieve Development Goals.
- EITI International Secretariat (2015): Der EITI Standard.
- EITI (2015): EITI Progress Report. <http://progrep.eiti.org/> (22.6.2015).
- EurActiv (2014a): France demands greater transparency from extractive industries. <http://www.euractiv.com/sections/development-policy/france-demands-greater-transparency-extractive-industries-308641> (22.6.2015).
- EurActiv (2014b): Google, Amazon and Apple less transparent than Gazprom, says report. <http://www.euractiv.com/sections/infosociety/google-amazon-and-apple-less-transparent-gazprom-says-report-309757> (22.6.2015).
- EurActiv (2013): New EU rules target transparency of oil, gas revenues. <http://www.euractiv.com/sustainability/new-eu-rules-target-transparency-news-518997> (22.6.2015).
- Europäische Kommission (2013a): Directive 2013/34/EU of the EP and of the Council on the annual financial statements, consolidated financial statements and related reports of certain types of undertakings.
- Europäische Kommission (2013b): Directive 2013/50/EU of the European Parliament and of the Council on the harmonisation of transparency requirements in relation to information about issuers whose securities are admitted to trading on a regulated market.
- Feldt, Heidi (2014): Nuevas reglas de juego para el extractivismo? El papel de las iniciativas internacionales de transparencia y control para las industrias extractivas. In: Göbel, Barbara/Ulua, Astrid (2014): Extractivismo minero en Colombia y América Latina. Bogotá, 459-494.

Feldt, Heidi/Müller, Axel (2011): Transparenz – ein erster Schritt auf dem Weg zur Ressourcengerechtigkeit. Zwischenbilanz der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) in der zentralafrikanischen Region. GPF Europe Report.

Global Witness (2002): All the Presidents men. London.

Global Witness (1999): A crude awakening. London.

Grieger, Gisela (2014): The Extractive Industries Transparency Initiative: State of Play, EP Briefing 140758 REV1.

Kar, Dev/Freitas, Sarah (2012): Illicit Financial Flows From Developing Countries: 2001-2010, GFI.

Keblusek, Mary Ella (2010): Is EITI really helping improve global good governance? Examining the Resource Curse, Corruption, and Nigeria's EITI Implementation Experience.

Küblböck, Karin (2014): Can "undistorted access" lead to inclusive development? The EU Raw Materials Initiative and Possible Effects upon Resource-Based Development in Africa. In: Journal für Entwicklungspolitik, 30(3).

Le Billon, Philippe (2011): Extractive sectors and illicit financial flows: What role for revenue governance initiatives? In: U4 Issue, 13.

Lowe, Heather A. (2014): Implications of the Dodd-Frank Act and European Union Rules on Transparency for Extractive Industries. In: Cruz Vieyra, Juan/Masson, Malaika (Hg.): Transparent Governance in an Age of Abundance. Experiences from the Extractive Industries in Latin America and the Caribbean, 147-183.

MSI Integrity (2015): Protecting the Cornerstone. Assessing the Governance of Extractive Industries Transparency Initiative Multi-Stakeholder Groups.

Obenland, Wolfgang (2013): Country-by-Country Reporting. Länderbezogene Offenlegungspflichten für Unternehmen – ein Beitrag zur Stärkung der öffentlichen Finanzen in Entwicklungsländern. GPF Europe Arbeitspapier 03.

Ossemame, Rogerio (2013): Is the Extractive Industries Transparency Initiative Relevant for Reducing Diversions of Public Revenue? The Mozambican Experience. SAIIA Policy Briefing No 61. Mosambik.

PWYP (2015a): How can EITI in DRC be made to effect lasting change? <http://pwyp.cmail1.com/t/ViewEmail/r/25B44C998033A7C82540EF23F30FEDED/6F4F2E5EC69838A1A7F290B8E8FDC6A0> (22.6.2015).

PWYP (2015b): Who really owns a company? Ukraine to publish beneficial owners. <http://pwyp.cmail1.com/t/ViewEmail/r/25B44C998033A7C82540EF23F30FEDED/6F4F2E5EC69838A1A7F290B8E8FDC6A0> (22.6.2015).

Scanteam (2011): Achievements and Strategic Options: Evaluation of the Extractive Industries Transparency Initiative. Oslo. www.eiti.org/document/2011-evaluation-report (22.6.2015).

SEC (2012): 17 CFR Parts 240 and 249. Disclosure of Payments by Resource Extraction Issuers. Final rule.

Sharife, Kadije (2011): 'Transparency' hides Zambia's lost billions. Al Jazeera 18.06.2011.

The Wall Street Journal (2015): SEC Pushes Extractive Disclosure Rule Decision to 2016. <http://blogs.wsj.com/riskandcompliance/2015/03/30/sec-pushes-extractive-disclosure-rule-decision-to-2016/> (22.6.2015).

UNCTAD (2014): Improving public revenue mobilization from the extractive industries. In: Trade and Development Report, 180-191.

UNECA/AU (2011): Minerals and Africa's Development: The International Study Group Report on Africa's Mineral Regimes. Addis Abeba.

van Oranje, Mabel/Parham, Henry (2009): Publishing What We Learned An Assessment of the Publish What You Pay Coalition.

Visser, Kees (2012): Lessons of Transparency from EITI A Report for Focus on the Global South. <http://focusweb.org/sites/www.focusweb.org/files/occ12.pdf> (22.6.2015).

Weltbank (2015): Extractive Industries Overview. Washington DC.
<http://www.worldbank.org/en/topic/extractiveindustries/overview> (22.6.2015).

Weltbank (2003): Striking a Better Balance. Volume 1. The World Bank Group and Extractive Industries. Washington DC.